Tallinn Digital Summit

EU-Kommission will Europa zum führenden KI-Standort machen

[05.11.2026] Auf dem Tallinn Digital Summit stellte EU-Kommissarin Ekaterina Zaharieva die Pläne der Europäischen Kommission vor, mit denen Investitionen, öffentliche Beschaffung und der Abbau bürokratischer Hürden die europäische Wettbewerbsfähigkeit und digitale Souveränität stärken sollen.

Die Europäische Kommission will die Rahmenbedingungen für technologieorientierte Start-ups verbessern und Innovationen schneller in marktfähige Produkte überführen. Auf dem Tallinn Digital Summit in Estland (5. bis 6. November 2026) erläuterte Ekaterina Zaharieva, EU-Kommissarin für Start-ups, Forschung und Innovation, die wichtigsten Maßnahmen der europäischen Innovationspolitik. Im Mittelpunkt ihrer Rede standen der Zugang zu Wachstumskapital, eine stärkere Verbindung zwischen ziviler und militärischer Forschung sowie die Modernisierung der öffentlichen Beschaffung.

Zaharieva betonte, dass die Innovationsfähigkeit Europas nicht allein über die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit entscheide. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Künstlicher Intelligenz und anderen disruptiven Technologien gehe es ebenso um die Sicherheit und Souveränität des Kontinents.

Estnisches Unternehmen als Vorbild

Als Beispiel für das Innovationspotenzial Europas verwies Zaharieva auf das estnische Technologieunternehmen Skeleton Technologies. Das 2009 gegründete Unternehmen entwickelt Energiespeichertechnologien, die Energie besonders schnell aufnehmen und wieder abgeben können. Solche Lösungen seien nicht nur für zahlreiche digitale Anwendungen relevant, sondern auch für den Aufbau einer leistungsfähigen europäischen Energie- und Digitalinfrastruktur.

Die Europäische Union unterstütze die Entwicklung des Unternehmens bereits seit 2016. Anfang 2026 habe der Europäische Innovationsrat (European Innovation Council, EIC) eine Eigenkapitalinvestition von zehn Millionen Euro beschlossen. Inzwischen habe Skeleton eine Unternehmensbewertung von einer Milliarde Euro erreicht und gehöre damit zu den jüngsten europäischen Einhörnern, also Start-ups mit einer Bewertung von mindestens einer Milliarde Euro. Solche Erfolgsgeschichten müssten in Europa häufiger werden, erklärte Zaharieva. Entscheidend sei, wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur in neue Technologien, sondern auch in international erfolgreiche Unternehmen umzusetzen.

Mehr privates Kapital für Technologieunternehmen

Nach Angaben der Kommissarin investiert die Europäische Union bereits jährlich knapp zwei Milliarden Euro in Künstliche Intelligenz. Die öffentlichen und privaten Investitionen sollen weiter steigen. Um insbesondere die Wachstumsphase europäischer Technologieunternehmen zu unterstützen, verwies Zaharieva auf den neuen Scaleup Europe Fund mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro. Dieser soll große Finanzierungsrunden von rund 100 Millionen Euro ermöglichen und Unternehmen aus strategischen Technologiefeldern wie Quantentechnologie, Biotechnologie und Raumfahrt unterstützen.

Europa verfüge über eine leistungsfähige Forschungslandschaft, hochqualifizierte Fachkräfte und eine wachsende Technologiebranche. Das eigentliche Problem bestehe darin, dieses Potenzial in Unternehmen umzusetzen, die international wettbewerbsfähig seien und langfristig in Europa blieben. Eine zentrale Voraussetzung dafür sei die Vollendung der europäischen Kapitalmarktunion. Ohne einen integrierten europäischen Kapitalmarkt bestehe weiterhin die Gefahr, dass erfolgreiche Start-ups für ihre weitere Finanzierung oder einen Börsengang in andere Weltregionen abwanderten. Zaharieva warnte deshalb davor, die europäische Innovationspolitik ausschließlich auf öffentliche Förderprogramme zu stützen. Entscheidend sei, auch deutlich mehr privates Kapital für europäische Technologieunternehmen zu mobilisieren.

Horizon Europe soll deutlich mehr Mittel erhalten

Ein weiterer Schwerpunkt der Rede war die Zukunft des europäischen Forschungsrahmenprogramms Horizon Europe. Die Europäische Kommission habe vorgeschlagen, dessen Budget im nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen zu verdoppeln. Zaharieva warnte ausdrücklich vor Kürzungen. Nach den von ihr angeführten Berechnungen würde eine Reduzierung der Mittel um eine Milliarde Euro langfristig zu einem Verlust von elf Milliarden Euro an zusätzlicher Wirtschaftsleistung innerhalb von 25 Jahren führen.

Einsparungen bei Forschung und Innovation seien deshalb keine tatsächlichen Einsparungen, sondern würden die wirtschaftliche Entwicklung Europas beeinträchtigen. Zugleich will die Kommission die Forschungsförderung stärker mit der praktischen Anwendung neuer Technologien verbinden. Horizon Europe soll dazu enger mit einem auf die Umsetzung und Markteinführung ausgerichteten europäischen Wettbewerbsinstrument verzahnt werden.

Zivile und militärische Innovation stärker verbinden

Zaharieva sprach sich außerdem dafür aus, die bisherige Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung zu überwinden. Die Grenzen zwischen beiden Bereichen würden zunehmend künstlich, da zahlreiche neue Technologien sowohl zivile als auch sicherheitsrelevante Anwendungen ermöglichten. Die Europäische Kommission habe deshalb bereits 2026 Teile des Europäischen Innovationsrats für Dual-Use- und Verteidigungstechnologien geöffnet.

Für die kommende Förderperiode forderte Zaharieva eine weitergehende Öffnung. Nicht nur einzelne Bereiche, sondern das gesamte Forschungsrahmenprogramm sollten grundsätzlich auch für Technologien mit ziviler und militärischer Nutzung zugänglich sein. Investitionen in innovative Unternehmen seien damit zugleich Investitionen in Europas Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit.

Öffentliche Beschaffung soll zum Innovationstreiber werden

Besondere Bedeutung maß Zaharieva der öffentlichen Beschaffung bei. Europa nutze die Möglichkeiten staatlicher Nachfrage zur Förderung innovativer Unternehmen bislang nur unzureichend. Nach ihren Angaben entfallen lediglich 0,6 Prozent des europäischen öffentlichen Beschaffungsvolumens auf innovative Lösungen. Zum Vergleich verwies sie auf einen Anteil von 7,5 Prozent im US-amerikanischen Bundeshaushalt.

Dabei könnten öffentliche Verwaltungen eine entscheidende Rolle bei der Markteinführung neuer Technologien spielen. Gerade für junge Unternehmen sei ein erster öffentlicher Auftrag häufig ein

wichtiger Vertrauensbeweis, der weitere Kunden und Investoren gewinnen helfe. Mit dem geplanten European Innovation Act will die Kommission deshalb die innovationsorientierte öffentliche Beschaffung vereinfachen und beschleunigen.

Im Mittelpunkt stehe insbesondere die vorkommerzielle Auftragsvergabe (Pre-Commercial Procurement). Sie soll öffentlichen Auftraggebern ermöglichen, innovative Lösungen bereits in frühen Entwicklungsphasen zu erproben und gemeinsam mit Unternehmen weiterzuentwickeln. Zaharieva sieht darin ein erhebliches Potenzial, um europäische Start-ups zu stärken und gleichzeitig die Modernisierung öffentlicher Dienstleistungen voranzutreiben.

Weniger Bürokratie für Start-ups und Mittelstand

Neben Investitionen und öffentlicher Nachfrage will die Kommission auch administrative Belastungen reduzieren. Zaharieva verwies auf die europäischen Vereinfachungspakete für die Digitalwirtschaft. Diese sollen Unternehmen von regulatorischen und bürokratischen Verpflichtungen entlasten und dadurch mehr Ressourcen für Forschung, Entwicklung und Innovation freisetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das sogenannte 28. Regime, ein einheitlicher europäischer Rechtsrahmen für innovative Unternehmen. Damit sollen Start-ups und wachsende Technologieunternehmen ihre Geschäftstätigkeit leichter über nationale Grenzen hinweg ausbauen können, ohne sich mit unterschiedlichen gesellschaftsrechtlichen Anforderungen der Mitgliedstaaten auseinandersetzen zu müssen.

Zaharieva appellierte an die Mitgliedstaaten, den Vorschlag der Kommission in den laufenden Verhandlungen nicht abzuschwächen. Europa müsse verhindern, dass innovative Unternehmen ihren rechtlichen Sitz außerhalb der Europäischen Union wählten, weil dort einfachere und attraktivere Bedingungen für ihre weitere Entwicklung bestünden.

Innovation als Grundlage europäischer Souveränität

Zum Abschluss ihrer Rede zeigte sich Zaharieva zuversichtlich, dass Europa im internationalen Technologiewettbewerb erfolgreich sein könne. Die notwendigen wissenschaftlichen Kompetenzen, unternehmerischen Talente und technologischen Grundlagen seien vorhanden. Entscheidend sei nun, ein Umfeld zu schaffen, in dem innovative Unternehmen wachsen, Kapital erhalten und ihre Produkte erfolgreich vermarkten könnten. Estland zeige beispielhaft, wie sich wissenschaftliche Forschung und unternehmerischer Erfolg miteinander verbinden ließen. Die Europäische Kommission wolle die Voraussetzungen schaffen, damit solche Entwicklungen in der gesamten Europäischen Union möglich würden.

Die Rede machte deutlich, dass Brüssel Innovationspolitik zunehmend als Bestandteil einer umfassenden europäischen Sicherheits- und Souveränitätsstrategie versteht. Für die öffentliche Verwaltung ergibt sich daraus insbesondere eine neue Rolle: Sie soll nicht nur digitale Technologien einsetzen, sondern durch ihre Nachfrage und die frühzeitige Erprobung innovativer Lösungen aktiv zur Entwicklung eines leistungsfähigen europäischen Technologiemarktes beitragen.

()

Stichwörter: Politik, EU-Kommission, Tallinn Digital Summit